

Berlin

Kurzportrait			
Größe:	891 km ²		
Landesregierung:	1990–1995: CDU/SPD · 1995–1999: CDU/SPD · 1999–2001: CDU/SPD · 2001–2006: SPD/PDS		
	1998	2001	2004
Einwohner:	3,426 Mio.	3,382 Mio.	3,388 Mio.
Einwohnerdichte:	3 846 je km ²	3 797 je km ²	3804 je km ²
Registrierte Arbeitslosigkeit:	17,9 Prozent	17,9 Prozent	19,8 Prozent
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit:	20,9 Prozent	20,7 Prozent	21,4 Prozent
BIP-pro-Kopf:	22 100 Euro	22 500 Euro	23 000 Euro
Wirtschaftswachstum:	(-) 0,5 Prozent	(-) 0,8 Prozent	0,5 Prozent

Platzierung im Ranking 2005



Die Ergebnisse im Überblick

- Berlin verliert im Erfolgsindex im aktuellen Beobachtungszeitraum von allen Ländern am stärksten und fällt auf den vorletzten Platz zurück. Seit der Wiedervereinigung geht es mit Berlin im Ländervergleich kontinuierlich abwärts. Kein anderes Land weist verglichen mit der ersten Hälfte der 90er Jahre eine derart negative Bilanz auf.
- Die ausgeprägte und anhaltende Wachstumsschwäche der Hauptstadt ist nirgendwo sonst zu beobachten. Die Arbeitslosenquote Berlins ist erstmals höher als die eines der neuen Bundesländer.
- Die Haushaltslage des Landes ist katastrophal, Senate der Vergangenheit tragen hierfür die Hauptverantwortung. Die Pro-Kopf-Verschuldung hat sich seit der Wiedervereinigung versechsfacht, die Verschuldungsdynamik ist ungebrochen. Unabhängig davon, ob das Bundesverfassungsgericht der Hauptstadt Entschuldungszahlungen zuspricht, sind weitere einschneidende Sparmaßnahmen unvermeidlich. Die immer noch üppige Personaldecke sollte deutlich ausgedünnt werden. Zudem muss das Land die Verschwendung, die Landesrechnungshof und Bund der Steuerzahler anprangern, in den Griff bekommen. Von vielen seiner Landesbeteiligungen, die Berlin ein ums andere Mal Verluste bescheren, sollte die Hauptstadt sich trennen.
- Chancen bieten der boomende Tourismussektor und eine prosperierende Messelandschaft. Schafft es die Spree-metropole, sich als die dominierende Drehscheibe zwischen Ost und West zu positionieren, so kann sie am wirtschaftlichen Wachstum der EU-Beitrittsländer partizipieren.

Die Ergebnisse im Einzelnen

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2002–2004	Veränderung
Erfolgsindex	Platz 13 (3,09)	Platz 15 (2,45)	↓ -2
Zielgrößenbereiche			
Einkommen	Platz 13 (2,89)	Platz 14 (2,10)	↓ -1
Beschäftigung	Platz 11 (3,42)	Platz 13 (2,85)	↓ -2
Sicherheit	Platz 14 (2,50)	Platz 15 (2,23)	↓ -1

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2001–2003	Veränderung
Aktivitätsindex	Platz 14 (4,45)	Platz 14 (4,22)	→ +/-0
Aktivitätsbereiche			
Einkommen	Platz 11 (5,18)	Platz 11 (4,96)	→ +/-0
Beschäftigung	Platz 16 (3,81)	Platz 16 (3,54)	→ +/-0
Sicherheit	Platz 16 (4,04)	Platz 16 (3,95)	→ +/-0

Ausgangssituation

Berlin mag als der Kranke an Spree und Havel erscheinen: Nirgendwo sonst ist der Krankenstand so hoch wie in der Hauptstadt. Seit der Wiedervereinigung kränkelt auch Berlins Wirtschaft und befindet sich stets in oder am Rande der Rezession. Kein anderes Bundesland weist eine so ausgeprägte und anhaltende Wachstumsschwäche auf. Malade ist auch die Haushaltslage der Hauptstadt.

Der Erfolgsindex dieser Studie dokumentiert ebenfalls die schwache Konstitution der Spreemetropole. Kein anderes Bundesland verliert so stark. Mit nur noch 2,45 Punkten im Beobachtungszeitraum 2002–2004 fällt Berlin um zwei Ränge auf den 15. und damit vorletzten Platz zurück. Nur Mecklenburg-Vorpommern ist noch etwas schlechter. Seit dem ersten Beobachtungszeitraum dieses Standortvergleiches (1991–1995) hat sich kein Bundesland auch nur annähernd so sehr verschlechtert wie die Bundeshauptstadt. Auch im Aktivitätsindex, Ausdruck politischer Bemühungen, verliert Berlin überdurchschnittlich stark und erreicht mit 4,22 Punkten den drittletzten Platz.

In keinem anderen Bundesland bestimmt die katastrophale Haushaltslage derart das Bild, die Perspektiven und die Politik. Der Handlungsspielraum des Berliner Senats wird hierdurch stark eingeschränkt.

Der »Kranke« an Spree und Havel

Niedergang im Erfolgsindex

Katastrophale Haushaltslage

Einkommen

Im Zielgrößenbereich »Einkommen« fällt Berlin mit nun 2,10 Punkten hinter Sachsen-Anhalt auf den 14. Platz zurück und bildet gemeinsam mit Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern das Schlusstrio im Nordosten der Republik. Diese drei Länder sind es auch, die im aktuellen Beobachtungszeitraum in die Rezession abrutschen. Kein Land verliert bei der Zielgröße

Schlusstrio im Nordosten

»Bruttoinlandsprodukt« so stark wie die Hauptstadt. Im Aktivitätsbereich »Einkommen« liegt Berlin mit 4,96 Punkten weiterhin auf dem 11. Rang.

Kein Geld
für Investitionen

Durch die finanzielle Schieflage sieht sich Berlin dazu genötigt, auch bei den Investitionen zu sparen. 2003 wurden nur 8,8 Prozent der Ausgaben für Investitionen verwandt (weitere Verschlechterung auf 2,34 Punkte im gesamten Beobachtungszeitraum), weniger als in jedem anderen Bundesland, weniger als halb soviel wie in den übrigen ostdeutschen Ländern und nicht einmal ein Drittel des sächsischen Wertes. Der Ausbau der Infrastruktur durch das Land ist angesichts der Finanznot fast zum Erliegen gekommen (Verschlechterung des Wirkungsfaktors »Verkehrsinfrastruktur« auf nur noch 2,19 Punkte). Auf mittlere Sicht ist zu hoffen, dass die Planung für den Flughafen Berlin-Brandenburg voranschreitet. Dadurch, dass auch bei investiven Ausgaben gespart wird, verliert das Land im Standortwettbewerb an Boden. Kurzfristig ist angesichts der Finanzmisere hieran jedoch nur wenig zu ändern.

Forschung und
Entwicklung:
viel Input, ...

Immerhin leistet sich Berlin die höchsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung (10 Punkte), und auch die Ausgaben für Hochschulen sind nur leicht unterdurchschnittlich (4,68 Punkte). Nach Einschätzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft schlagen sich die Berliner Universitäten mit ihren Forschungsergebnissen ordentlich, gerade auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Aus politischen Erwägungen wurden vor der Wende im Westen wie im Osten der geteilten Stadt Wissenschaftspotenziale konzentriert. Hiervon profitiert die Bundeshauptstadt noch heute. Neben mehreren Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten haben das Hahn-Meitner-Institut sowie die Synchronstrahlungsquelle Bessy II hier ihren Standort. In Adlershof ist einer der größten Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte Europas angesiedelt. Sechs Prozent der Industriebeschäftigten arbeiten im Forschungs- und Entwicklungsbereich, mehr als in jedem anderen Bundesland.

... wenig Output

Verbesserungspotenzial besteht allerdings bei der wirtschaftlichen Verwertung der einzigartigen Forschungslandschaft: Sowohl bei den Patentanmeldungen allgemein (3,77 Punkte) als auch bei den Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich (4,98 Punkte) kann Berlin den Spitzenreitern in Süddeutschland nicht das Wasser reichen. Hier macht sich möglicherweise negativ bemerkbar, dass Berlin zwar in der Grundlagenforschung stark ist, die Fachhochschullandschaft des Landes jedoch eher schwach. Für angewandte Forschung und Technologietransfer in die Unternehmenslandschaft haben Fachhochschulen eine besondere Bedeutung.

Bedingungen für
Mittelstand verbessern

Der Mittelstand ist das Rückgrat der Berliner Wirtschaft (10 Punkte für die höchste Selbstständigenquote ohne primären Sektor). Die Wirtschaftspolitik sollte auf diese Klientel zugeschnitten sein, die besonders empfindlich auf eine mehr oder minder wirtschaftsfreundliche Atmosphäre reagiert. Die Alarmglocken müssen schrillen, wenn Allensbach-Institut und Bertelsmann Stiftung zu dem Ergebnis gelangen, dass sich in keiner der 25 größten Städte

der Bundesrepublik Mittelständler so schlecht behandelt fühlen wie in Berlin. Und dies, obwohl die One-Stop-Agency als zentrale Anlaufstelle für Investoren ausgebaut wurde. Übereinstimmend mit dieser negativen Einschätzung wird laut Mittelstandsbarometer von Ernst & Young die Förderpolitik nirgendwo negativer beurteilt als in Berlin. Dürftig erscheinen die Entbürokratisierungsvorhaben, die bezeichnenderweise immer wieder in den Mühlen der Bürokratie hängen bleiben. Dass es in Ostdeutschland durchaus besser geht, demonstriert Leipzig, das in der Untersuchung von Allensbach und Bertelsmann Stiftung den Spitzenplatz erreicht. Ein weiteres Ergebnis erschreckt: Die zukünftige Entwicklung wird nirgends so pessimistisch gesehen wie in Berlin.

Berlin boomt und erreicht die höchsten Wachstumsraten aller Metropolregionen in der Tourismusbranche. 2004 konnte Berlin 13 Millionen Übernachtungen verzeichnen – mehr als je zuvor. Mit zweistelligen Wachstumsraten liegt die Hauptstadt bei den insgesamt erreichten Übernachtungen in Europa nun hinter Paris und London auf dem 3. Platz. Gerade bei Fernreisenden steht die Hauptstadt hoch im Kurs: Hip, kreativ, jung und dynamisch sind Attribute, die Berlin zugeordnet werden. Briten fühlen sich laut »Times« von einer spannenden Mischung aus Natur, Geschichte, Weltgewandtheit, Größe und Tragik angezogen; die Hauptstadt steht für Lifestyle und Architektur. Die Fußballweltmeisterschaft 2006 wird zu einem weiteren Aufschwung des Fremdenverkehrs beitragen. Außerdem hat sich Berlin als Deutschlands größter Tagungs- und Kongressstandort etabliert. Die Messe Berlin gehört mittlerweile zu den zehn umsatzstärksten Messegesellschaften der Welt, allein das ICC zählt jährlich 1,5 Millionen Besucher. Die Stärken als Tourismusziel und Kongressstandort sollten weiter ausgebaut werden. Sie sind Berlins großes Plus im Standortwettbewerb.

Tourismus boomt

Beschäftigung

Im Zielgrößenbereich »Beschäftigung« verliert Berlin über einen halben Punkt und damit von allen Bundesländern mit Abstand am stärksten. Mit nun 2,85 Punkten liegt die Hauptstadt hinter Sachsen und Thüringen. Dabei hatte Berlin nach der Wende noch einen Vorsprung von 2,5 bzw. 2 Punkten vor diesen Ländern. Erstmals seit der Wiedervereinigung fällt damit im Zielgrößenbereich »Beschäftigung« ein altes hinter ein neues Bundesland zurück.

Seit der Wiedervereinigung katastrophale Entwicklung

Die Arbeitslosenquote ist mit durchschnittlich 21,7 Prozent im Beobachtungszeitraum höher als in Thüringen und übertrifft damit erstmals die Quote eines neuen Bundeslandes. Beginnend mit der Wiedervereinigung erhöhte sich die Arbeitslosenquote Berlins von Beobachtungszeitraum zu Beobachtungszeitraum, derweil sie in allen anderen ostdeutschen Bundes-

Von Thüringen überholt

ländern in den letzten beiden Untersuchungszeiträumen gesunken ist. Während in Berlin die Arbeitslosenquote 2004 um 5,5 Prozent höher lag als im ersten Beobachtungszeitraum 1991 bis 1995, blieb sie im Bundesdurchschnitt konstant und ging in allen neuen Bundesländern zurück, zumeist deutlich. Immerhin reduzierte sich die Arbeitslosigkeit Berlins im Jahr 2004 erstmals merklich.

Letzter im
Aktivitätsbereich
»Beschäftigung«

Die Erwerbstätigenquote sank im aktuellen Beobachtungszeitraum auf knapp 63 Prozent, entwickelte sich damit jedoch nicht wesentlich anders als in den übrigen ostdeutschen Bundesländern. Die schlechteste Entwicklung aller Bundesländer im Zielgrößenbereich »Beschäftigung« korrespondiert mit dem letzten Platz, den Berlin im Aktivitätsbereich »Beschäftigung« einnimmt. Die Hauptstadt verliert noch einmal deutlich und verzeichnet mit nun 3,54 Punkten das schlechteste Ergebnis, das hier je für ein Land ermittelt wurde.

Schlechtes Zeugnis für
Berliner Schulen, ...

Die Berufschancen von Berlinern werden durch Mängel der Schullandschaft beeinträchtigt. Nachdem Berlins Schulen mangels ausreichender Teilnahme nicht im Rahmen der PISA-Studie beurteilt werden konnten, stellen aktuelle Untersuchungen nun übereinstimmend ein schlechtes Zeugnis aus. Dies ist auch deshalb enttäuschend, weil das Land in ein günstiges Betreuungsverhältnis investiert (8,44 Punkte für eine niedrige »Schüler-je-Lehrer-Relation«). Das Institut der deutschen Wirtschaft sieht das Bildungsangebot Berlins und Bremens auf den letzten Plätzen. Die mangelhafte Ausstattung der Grundschulen an der Spree wird getadelt. Dies scheint sich zu rächen: Im VERA-Vergleichstest blieben Berliner Viertklässler in allen sieben untersuchten Kategorien hinter den Leistungen in anderen Ländern zurück. Dass selbst zwischen Parallelklassen derselben Schule Leistungsunterschiede häufig gravierend sind, weist darauf hin, dass Kontrollmechanismen zur Sicherung der Unterrichtsqualität nur unzureichend wirken. Immerhin sollen ab dem Schuljahr 2005/2006 externe Inspektoren Unterrichtsgestaltung, Lehrqualität, individuelle Fördermaßnahmen und Schulleitung unter die Lupe nehmen. Laut Mittelstandsbarometer stufen Berliner Unternehmen die vermittelten Qualifikationen als so defizitär wie in keinem anderen Bundesland ein. Die Umfrage »Perspektive Deutschland« fördert zutage, dass nirgendwo ein stärkeres staatliches Engagement im Bildungsbereich für so dringlich erachtet wird wie in Berlin.

... aber Problem-
bewusstsein vorhanden

Positiv ist immerhin zu sehen, dass der Schulsenator Problembewusstsein zeigt und nicht zuallererst auf ungünstige Umstände wie problematische soziale Strukturen verweist: Jahrzehntlang seien die Probleme »unter den Teppich gekehrt worden«, über deren Art und Ausmaß allmählich präzise Daten gewonnen würden. Berlin stehe in der Schulpolitik am Anfang eines »dramatischen Umorientierungsprozesses«. Diesen Worten müssen Taten folgen. Doch auch bei den Möglichkeiten einer qualifizierten Berufsausbildung hapert es: 2003 hatte Berlin die ungünstigste Ausbildungsstellenrelation aller Länder (nur noch 2,08 Punkte).

Problematisch ist, dass auch die Schulpolitik von den Haushaltszwängen betroffen ist. Die unsolide Finanzpolitik besonders des vergangenen Jahrzehnts rächt sich hier. Von 1991 bis 2003 hat sich die Pro-Kopf-Verschuldung mehr als versechsfacht und erreicht nun ca. 14 500 Euro. Nur in Bremen ist sie noch etwas höher. Und die Verschuldungsdynamik ist ungebrochen: 2003 lag die Nettokreditaufnahme bei 5,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Bundeshauptstadt, weit mehr als in jedem anderen Bundesland und fünfmal so hoch wie im Länderdurchschnitt.

Pro-Kopf-Verschuldung
seit 1991 versechsfacht

Aufgrund der atemberaubenden Gesamtverschuldung von über 55 Mrd. Euro verschlingen Zinszahlungen 14 Prozent der Einnahmen Berlins (weitere drastische Verschlechterung auf 2,96 Punkte bei der Zinslastquote), im Jahr 2005 etwa 2,6 Mrd. Euro. Doch auch ohne die bestehende Schuldenlast käme Berlin nicht ohne Neuverschuldung aus. Das »Primärdefizit«, das Zinsausgaben unberücksichtigt lässt, erreichte 2004 zwar den niedrigsten Stand seit 1992, lag aber immer noch bei 1,3 Mrd. Euro.

Schwere Zinslast

Angesichts dieser finanziellen Bürde klagte das Land Berlin vor dem Bundesverfassungsgericht auf Entschuldungshilfen, da sich Berlin in einer extremen Haushaltsnotlage befände, aus der es sich aus eigener Kraft nicht befreien könne. Der Senat strebt an, 40 Mrd. Euro der Schulden des Landes abzuwälzen. Damit diese Klage Aussicht auf Erfolg haben kann, muss Berlin seine Eigenanstrengungen zur Haushaltssanierung dokumentieren. Wohl auch vor diesem Hintergrund sind die Sparbemühungen des Landes zu sehen. Immerhin ist der Senat des Landes bereit, sich auch mit Interessengruppen anzulegen, um Sparziele zu erreichen.

Sparbemühungen
erforderlich

Das Land versucht, den Hebel bei den Personalausgaben anzusetzen. Bezogen auf die Einwohnerzahl gibt Berlin mehr als jedes andere Land für seine Beschäftigten aus. Im Jahr 2002 wurde mit 2145 Euro Personalausgaben je Einwohner der höchste Wert erreicht, der jemals in einem Bundesland zu verzeichnen war. Der Anteil der öffentlichen Beschäftigung ist lediglich in Bremen ähnlich hoch, in Hamburg aber um ein Drittel niedriger als in Berlin.

Hohe Personalausgaben ...

Offensichtlich besteht bei den Personalausgaben also Einsparpotenzial, und immerhin zeigt sich das Land auch bemüht: 2001 wurden die vormals 23 Bezirke zu 12 Bezirken zusammengelegt. Seit 2002 besteht in der Verwaltung ein Einstellungsstopp. Da in den nächsten Jahren Tausende Bedienstete des Landes pensioniert werden, schrumpft der öffentliche Dienst von allein. In einem »Solidarpakt« verzichtete das Land auf Entlassungen und konnte dafür Lohnkürzungen durchsetzen. Durch den eigenen Tarifvertrag spart die Hauptstadt jährlich etwa eine Milliarde Euro. Berlin verließ die kommunalen Arbeitgeberverbände, um sich Freiraum für flexible Lohnabschlüsse zu verschaffen. Die Initiative zur Öffnung der Beamtenbesoldung ging auch von Berlin aus. Die Hauptstadt strebt an, das Beamtentum auf hoheitliche Aufgaben bei Justiz, Polizei und Feuerwehr zu konzentrieren und Tarife zu flexi-

... zwingen zu
Einsparungen

bilisieren. Neben den Personalausgaben stehen die konsumtiven Sachausgaben besonders im Fokus der Sparanstrengungen. Auch Investitionen erfahren drastische Einschnitte.

Diverse Sparmaßnahmen

Weitere Sparmaßnahmen sind für die Bevölkerung durchaus schmerzhaft: Sie treffen unter anderem das teure Fördersystem im sozialen Wohnungsbau, die Sozialkarte für Busse, Blindengeld, Kita-Gebühren, die Lernmittelfreiheit, Ausgaben für Jugend und Sport, die Berliner Symphoniker und die Wirtschaftsförderung. Ziel der Sparanstrengungen ist es, einen Primärüberschuss zu erzielen, um hiermit nach der angestrebten Schuldenentlastung die verbleibenden Zinsausgaben finanzieren zu können. So soll demonstriert werden, dass eine Schuldenentlastung nachhaltig wirken könnte und Berlin nicht erneut in eine Schuldenspirale gerate. Tatsächlich konnte das Primärdefizit von 2,1 Mrd. Euro im Jahr 2002 auf 1,3 Mrd. Euro im Jahr 2004 abgesenkt werden, den niedrigsten Wert seit 1992, und bis 2007 soll ein leichter Überschuss erzielt werden.

Landesrechnungshof
rügt Verschwendung, ...

Ob Berlin damit aber wirklich alles tut, um aus eigener Anstrengung die Haushaltsnotlage zu überwinden, und ob nicht doch noch gewaltige Einsparpotenziale bestehen, erscheint sehr zweifelhaft. So wirft der Landesrechnungshof in seinem Bericht vom Mai 2004 dem Land schwere Versäumnisse vor. Die Kontrolldisziplin von Senat und Bezirken habe sich nicht verbessert, und durch ordnungsgemäßes Handeln hätten überflüssige Ausgaben in Höhe von 1,2 Mrd. Euro vermieden werden können. Allein in den Bezirksregierungen seien 5000 Stellen überflüssig, die jährlich 200 Mio. Euro kosteten.

... ebenso der Bund
der Steuerzahler

Im aktuellen Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler nimmt Berlin mit den aufgeführten Verschwendungen in Höhe von 35 Mio. Euro nach dem Bund den 2. Rang ein. Kritisiert werden vor allem exklusive Bauvorhaben, deren Kosten explodiert sind, wie etwa das Tempodrom. Aktuell droht eine Bürgschaftserklärung für eine marode Marzahner Wohnungsbaugesellschaft zum finanziellen Fiasko für das Land zu werden. Berlin überhebt sich, wenn es gemäß der Landesverfassung seinen Bürgern das Recht auf angemessenen Wohnraum und Arbeit gewähren möchte.

Dickicht der
Landesbeteiligungen
durchforsten

Auch die Millionenlöcher vieler Betriebe, an denen das Land beteiligt ist, scheinen vermeidbar. Das Land sollte sich stärker als bisher um Privatisierungen bemühen. Allein schon aus ordnungspolitischen Gründen sollte Berlin das wild wuchernde Dickicht der Landesbeteiligungen durchforsten. Verkaufserlöse könnten dann dazu verwandt werden, Teile des Schuldenberges abzutragen.

Mit Bremen
Ausgabenspitzenreiter

Ansätze der Misswirtschaft und die höchsten Personalkosten unter allen Ländern tragen dazu bei, dass Berlin bei den Ausgaben pro Einwohner mit Bremen an der Spitze steht. Die Landesregierung verweist gerne auf die Ausgabenbürde der Zinszahlungen. Wenn man nur den Primärhaushalt betrachtet, die Zinszahlungen der Länder also unberücksichtigt lässt, liegen Bremen

und Berlin jedoch immer noch weit vor allen anderen. Obwohl Hamburg viel wohlhabender ist, begnügt es sich mit deutlich niedrigeren Pro-Kopf-Ausgaben – auch dann, wenn man die Zinsausgaben herausrechnet.

Die Einnahmen der Hauptstadt erscheinen nicht ausgesprochen niedrig: Bis 2001 konnte lediglich Bremen, das massive Entschuldungshilfen erhielt, höhere Pro-Kopf-Einnahmen verbuchen. Gegenwärtig verfügt Berlin immerhin noch über deutlich höhere Einnahmen als sämtliche Flächenländer einschließlich ihrer Kommunen. Die Hauptstadt liegt damit weit vor fast allen Zahlerländern im Länderfinanzausgleich und dem ebenfalls hoch verdichteten Nordrhein-Westfalen. Berlins Finanzsenator selbst konstatiert: »Berlin hat kein Einnahmenproblem, Berlin hat ein Ausgabenproblem.« Und das größere Problem ist der Primärhaushalt, mehr noch als die Zinsausgaben.

»Ausgabenproblem, kein Einnahmenproblem«

Nachvollziehbar ist, dass Berlin für die hauptstadtspezifischen Ausgaben vom Bund entschädigt werden möchte. Für eine hauptstadtgemäße Kultur und zusätzliche Sicherheitsanforderungen veranschlagt Berlin etwa 600 Mio. Euro statt der bisherigen 440 Mio. Euro, die das Land vom Bund erhält. Selbst dann jedoch, wenn Berlin die Differenz vollständig erhielte, wäre damit lediglich ein Bruchteil der Deckungslücke des Berliner Haushaltes geschlossen. Unabhängig von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts muss die Hauptstadt durch eisernes Sparen ihre Ausgaben in den Griff bekommen, denn auch ohne die gegenwärtige Zinslast bestünde noch ein Haushaltsdefizit.

Hauptstadtspezifische Ausgaben

Sicherheit

Im Zielgrößenbereich »Sicherheit« verschlechtert sich Berlin leicht auf 2,23 Punkte und fällt damit hinter Hamburg auf den vorletzten Platz zurück. Bei der inneren Sicherheit liegt die Hauptstadt hinter Bremen und vor Hamburg, beim Sozialhilfeempfängeranteil ist es umgekehrt. Besorgnis erregend ist allerdings, dass nach jüngsten Entwicklungen der Sozialhilfeempfängeranteil in Berlin so rasch wie nirgendwo sonst ansteigt. Im Aktivitätsbereich »Sicherheit« liegt Berlin mit 3,95 Punkten auf dem letzten Platz.

Stadtstaaten mit schwierigster Sicherheitslage

Großstadtypische Sozialstrukturen beeinträchtigen für überdurchschnittlich viele Personen die Möglichkeiten sozialer Teilhabe. Der höchste Anteil an Ehescheidungen und Alleinerziehenden (je 1 Punkt) sowie ein hoher Ausländeranteil (2,26 Punkte) mögen zu spezifischen Problemlagen führen, auf welche die Landespolitik eingehen muss. Der Senat tut dies unter anderem dadurch, dass er Wert auf die Sprachförderung von Personen mit Migrationshintergrund legt.

Der Senat ist gefordert, in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil Tendenzen der Gettobildung gegenüber wachsam zu sein. Kreuzberg sowie Stadtteile in Neukölln und Wedding scheinen besonders gefährdet. Auch Deut-

Gettobildung vermeiden

sche sind hier besonders häufig sozial schwachen Milieus zuzurechnen, und unterdurchschnittliche Lebensperspektiven mögen zu Spannungen beitragen. Es gilt, an sozialen Brennpunkten Präsenz zu zeigen. Die höchste Polizeidichte aller Bundesländer sollte trotz Sparzwanges aufrechterhalten werden.

Einschätzung

Haushaltspolitische Herausforderungen Unbestritten befindet sich Berlin in einer schwierigen Lage. Unabhängig davon muss sich die Regierungskoalition jedoch den finanzpolitischen Herausforderungen stellen, und Sparanstrengungen sind auch wahrnehmbar. Für die finanziellen Perspektiven ist entscheidend, ob die Hauptstadt vor dem Bundesverfassungsgericht Entschuldungshilfen einklagen kann, und wenn ja in welcher Höhe. Unabhängig davon sind jedoch gravierende Einschnitte erforderlich: Noch immer weist der Landeshaushalt ein ausgeprägtes Primärdefizit aus: Selbst wenn die Zinsausgaben unberücksichtigt bleiben, sind die Einnahmen deutlich niedriger als die Ausgaben.

Personalkosten verringern, Verschwendung abstellen Die immer noch üppige Personaldecke sollte deutlich ausgedünnt werden. Auch sollten an der Spree die Berichte von Landesrechnungshof und Bund der Steuerzahler aufmerksam studiert werden, um die angeprangerte Verschwendung in den Griff zu bekommen.

Fusion mit Brandenburg momentan nicht durchsetzbar, ... Eine Fusion mit dem Land Brandenburg brächte Synergieeffekte und besäße ein hohes Einsparpotenzial. Den engen Verflechtungen zwischen Berlin und Brandenburg könnte man potenziell besser gerecht werden, wenn es eine gemeinsame Wirtschafts- und Infrastrukturförderung gäbe. Planungsprozesse könnten verkürzt und wichtige Infrastrukturprojekte beschleunigt werden. Angesichts der katastrophalen Haushaltslage der Hauptstadt und des klar gescheiterten ersten Anlaufes 1996 erscheint es momentan jedoch illusorisch, die Mehrheit der Bevölkerung Brandenburgs für eine Fusion zu gewinnen.

... enge Kooperation wünschenswert Da auch die Brandenburger Koalition eine Länderfusion vorerst auf die lange Bank geschoben hat, bleibt kurzfristig nichts anderes übrig, als verschiedene Formen intensiver Kooperation zu wählen. Die Schweiz bietet ein gutes Beispiel dafür, wie zwischen relativ kleinen und eng miteinander verflochtenen Gebietskörperschaften – den Schweizer Kantonen – eine gedeihliche Zusammenarbeit stattfinden kann. Mittelfristig muss Berlin versuchen, seine Haushaltsprobleme in den Griff zu bekommen. Dann wäre das Land auch als Braut einer Länderehe attraktiver.

Chancen: Tourismussektor, Osterweiterung der EU Nichtsdestotrotz verfügt Berlin über Chancen, die es zu nutzen gilt: Neben boomendem Tourismussektor und prosperierender Messelandschaft entwickelt sich das Osteuropageschäft verheißungsvoll. Laut Mittelstandsbarometer sind bereits viele Mittelständler in den Beitrittsländern aktiv, und

nirgendwo sonst wird die erfolgte Osterweiterung der EU so positiv gesehen wie in Berlin. Die Spreemetropole als Drehscheibe zwischen Ost und West tut gut daran, ihre Osteuropakompetenz und die Kontakte in Richtung Osten zu pflegen. Sie können zur Gesundung des Patienten an Spree und Havel beitragen.

